

12. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. November.

tenen klassen, in einer Linie von der unter niedrigem Einfluss stehenden

Bresse. Seit Jahren habe ich schon den Moment vorausgesehen, wo der Tag der Abrechnung kommen mußte. Denn diese Action der Bresse richtete sich nicht bloß gegen die Katholiken, sondern gegen das christliche Princip überhaupt (Sehr wahr! rechts), als wäre Deutschland schon eine Domäne des Semitentums geworden. Da muß auch die allerchristlichste Geduld einmal reifen, da geht sie auch dem deutschen Michel einmal zu Grunde. Ich will Niemand verlegen; ich bringe dies nur vor in der Hoffnung, daß eine Einkehr und Umkehr bei unseren jüdischen Mitbürgern eintreten möge. Jedenfalls mögen sie sich im Hinblick auf die Vergangenheit nicht allzu sehr empfindsam zeigen, wenn auch ihnen einmal auf die Füße oder gar auf die Hüften getreten wird.

Wenn wie bei jeder Verleumdung stets auf eine angebliche Verbalinjurie eine Realinjurie folgt, so wird das auf die Dauer nicht gehen; es könnte den Herren recht schlecht bekommen! Wer tritt denn nun hier als Richter für die Freiheit und das Verfassungsrecht auf? Das ist der Abg. Dr. Hänel an der Spitze seiner fortschrittlichen Freunde, verstärkt durch einige Secessionisten! (Heiterkeit.) Wo blieb denn die Interpellation bei dem bekannten Moabiter Scandal? Als Antwort auf denselben erfolgte die Auflösung der kleinen löstlichen Niederlassung. Welche Stellung haben denn die Freiheitskämpfer im Culturkampf eingenommen? Die drei fundamentalen Verfassungsartikel 15, 16 und 18 haben sie erst revidirt, dann ganz castirt, um die Märgel einzuführen. Noch neulich hat sich Herr Dr. Seelig bei dem Gesammtversammlungen über die gemeinschaftlichen Soluzioni ziemlich leicht über den Artikel 9 hinweggesetzt, der das Eigentumsrecht garantiert. Da kann man sich nicht wundern, wenn andere Herren von der Gleichberechtigung der Juden nichts wissen wollen. Gegen einen Lehrer, Dr. Fechner in Breslau, soll die Disciplinaruntersuchung eingeleitet werden, weil er die Petition unterschrieben hat. Wenn das unter Wähler vorgekommen wäre! (Sehr richtig! rechts.) Die Interpellation hat der Sache nach gar keine andere Bedeutung, als die Ausübung des Petitionsrechts für die in Rede stehende Bewegung zu unterstützen. Die Erklärung der Staatsregierung ist nur deshalb herbeigeführt, damit viele Personen abgeschreckt werden sollen, die Petition zu unterschreiben. Was verlangt denn die Nr. 1 der Petition so Verfassungswidriges? Die Fortschrittspartei hat nicht bloß die Einwanderung der ausländischen Jesuiten verboten, sondern dahin gewirkt, daß preussische Staatsbürger geächtet wurden; man folgte dabei einem aus früheren Jahrhunderten stammenden Vorurtheil.

Man wandle sich aber auch gegen die verwandten Orden, von deren Wirksamkeit kein Mensch eine Ahnung hatte. Ich weiß auch nicht, was man gegen die Nr. 3 einwenden könnte; der confessionelle, also auch der christliche Charakter der Volksschulen ist durch den Artikel 24 der Verfassung garantiert. Was die Einwanderung der Juden betrifft, so wird namentlich gesagt, daß die Einwanderung aus Rußland aus Leuten bestehe, die gar keine Garantie für productive Arbeit bieten. Ich schreibe mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Interpellation wie die Agitation, aber die man sich beschwert, eine gute Folge haben möge: unseren jüdischen Mitbürgern die Nothwendigkeit zu zeigen, sich etwas mehr der Besonnenheit und Mäßigung zu befleißigen und namentlich die Erkenntnis beizubringen, daß es mit dem thatsächlichen Besitze der Freiheit allein nicht gehen ist, daß immer noch eine Mißprobe möglich bleibt, ob die Erwartungen, die man an die Emancipation geknüpft hat, in Erfüllung gegangen sind. Daß die Erwartungen nicht in einer Generation erfüllt werden können, gebe ich zu; aber ich möchte unseren jüdischen Mitbürgern nach dieser Seite hin doch die Nothwendigkeit des Einsehens ans Herz legen. (Beifall im Centrum und rechts.)

Abg. Seyffarth (Viegnig): Die Interpellation ist in der Absicht eingebracht worden, um der Agitation gegen die Juden, die den bürgerlichen Frieden bedroht, einen Riegel vorzuschleichen. Wie verderblich sie da wirkt, wo bisher der confessionelle Friede ungetrübt war, weiß ich aus meiner Vaterstadt. Als eine ähnliche judenfeindliche Agitation in Oesterreich sich breit machte, wurde dort ebenfalls die Regierung interpellirt, und als diese sich entschieden gegen dieselbe erklärte, war es mit der Bewegung zu Ende. Ich hoffe, daß auch bei uns von heute ab der antisemitische Bewegung die Spitze abgebrochen sein wird. (Lachen rechts.) Am bedauerlichsten ist es mir gewesen, daß man die Frage der Religion in diese Bewegung gezogen hat und vom christlichen Standpunkte aus den Haß glaubte schüren zu müssen. Ist die Agitation nicht gerade von der Partei ausgegangen, die das Christenthum auf ihre Fahne schrieb, von der christlich-socialen Arbeiterpartei? Ich halte es für meine Pflicht zu erklären, daß die Agitation gegen die Juden mit der christlichen Religion nichts zu thun hat. Jeder Jude admet uns als Christen. (Heiterkeit rechts.) Der erste Grundsatz unserer Religion ist doch das Gebot: „Liebe deinen nächsten wie dich selbst.“ Und das herrliche Gleichniß vom barmherzigen Samariter erläutert dies Gebot in einer Weise, die jeden confessionellen Haß verurtheilt. Was sagt denn der Apostel Paulus? „Hat denn Gott sein Volk verstoßen? Das sei ferne, er hat es nicht verlassen.“ Warum sollen wir es also verstoßen? Auch die behaupteten Unterschiede der Rasse und des nationalen Bewußtseins bestehen nicht. Im letzten großen Kriege haben sich unsere jüdischen Mitbürger so sehr als Deutsche bewiesen, daß sie keinem anderen Patrioten nachstehen. Als Mitglied eines Comites zur Pflege verwundeter Krieger habe ich die Opferwilligkeit der Juden bewundern lernen; sie sind in Deutschland gute Patrioten. Als Geislicher habe ich oft Gelegenheit, die Willkürigkeit meiner Mitbürger für Arme und Kranke in Anspruch zu nehmen, und dabei gerade bei Juden stets eine offene Hand gefunden. Ich erinnere Sie daran, daß Friedrich der Große es für eine Pflicht des Fürsten erklärte, die Geistlichkeit aller Confessionen zur Duldung und Sanftmuth anzubahnen, um den confessionellen Frieden zu wahren. Wenn wir das Christenthum im wahren Sinne ausüben, dann werden wir nicht nur die Judenfrage, sondern jede sociale Frage lösen. (Beifall links.)

Abg. v. Seydewitz und der Asa: Auf keiner Seite des Hauses wird man sich wohl den Bedenken verschließen, die es hat, eine Angelegenheit, die in den weitesten Kreisen die Gemüther heftig erregt und die innersten Gefühle des Volkes afficirt, vor das Forum der Landesvertretung und damit vor das Forum des ganzen Landes zu ziehen. Nachdem die Herren vom Fortschritt diese Interpellation an das Haus gebracht haben, obwohl sie sich sagen mußten, daß sie damit Del ins Feuer gießen und einen neuen Aufzug der glimmenden Asche zuführen, halten es meine politischen Freunde und ich in vollster Uebereinstimmung nicht nur für Recht, sondern für Pflicht, dieser Frage, zwar mit aller Ruhe und Objectivität, aber auch mit aller Bestimmtheit und Offenheit gegenüberzutreten. Es wird mir fern liegen, durch meine Ausführungen und Ausdrücke auch nur irgend einen unserer jüdischen Mitbürger verletzen oder reizen zu wollen; habe ich doch diejenigen Juden, mit denen in Verkehr zu kommen ich Gelegenheit hatte, als achtungswerthe und gute Staatsbürger kennen gelernt. Aber gerade dieser Umstand veranlaßt mich zu dem Hinweis darauf, ob es nicht endlich einmal an der Zeit wäre, daß die Bresse, welche in so großer Zahl unter dem Einfluß unserer jüdischen Mitbürger steht, welche mit solcher Energie die Rechte und die Bestrebungen der Juden vertritt, welche mit solcher Schärfe, aber nicht immer wahrheitsgetreu, jede Regierung kritisiert, welche im Widerspruch steht mit ihren Anschauungen, welche conform mit der Einleitung in dieser Interpellation von behauerlichen Ausschreitungen spricht, auch endlich einmal die Frage erörtern möge, ob nicht ein Theil unserer deutschen Judenthums selbst die Schuld trägt an dem Unfrieden des Augenblicks. (Sehr richtig! rechts.) Unzweifelhaft kann man die Regierung über alle Sachen interpelliren, die nur irgendwie mit dem Staatsleben zusammenhängen.

Aber ganz ungewöhnlich ist es doch, daß man die Staatsregierung veranlaßt, Stellung zu nehmen zu einer Frage, die noch in keiner Weise an sie herangetreten ist, der gegenüber sie noch in keiner Weise zu Maßnahmen veranlaßt ist; daß man eine Petition zum Gegenstande dieser Interpellation macht, welche gar nicht an die Adresse des Hauses, sondern an eine ganz andere gerichtet ist, an die sie noch gar nicht abgegangen ist, da sie überhaupt erst in der Vorbereitung begriffen ist. Und wunderbar erheben es mir, daß gerade die Herren die Interpellation eingebracht und unterschrieben haben und indirect die autoritative Stellung der Regierung um Schutz und Hilfe anrufen, die eben dieser Regierung bei jeder Gelegenheit die größten Schwierigkeiten bereiten, aus deren Reihen noch vor wenigen Tagen gegen die Mitglieder eben dieser Regierung Angriffe gerichtet wurden, die die tiefste Inbination und den tiefsten Unwillen im ganzen Lande erregt haben. (Sehr wahr! rechts, Unruhe links.) Abg. Richter: Aber bloß bei den Landräthen! Ich habe den Abg. Richter nicht verstanden und schlage ihm den Compromiß vor: entweder soll er mich so laut unterbrechen, daß ich ihn verstanden kann, oder sich seine Bemerkungen bis zum Schluß der Discussion aufsparen und mich dann grüßlich festnageln. Ich werde ihm in jeder Beziehung zur Disposition stehen. (Heiterkeit.) Bekommt man nicht aus der Bresse, welche diese Interpellation so besonders begünstigt und noch, bevor das Staatsministerium zu einer Sitzung zusammengetreten war, die Noth gebracht hat, daß es eine sehr entgegenkommende und freundliche Haltung einnehmen und diese Regungen auf das Schärfste verdammen werde, — bekommt man da nicht unwillkürlich den Eindruck, als habe man es hier darauf abgesehen, einen Druck auf die Entscheidung der Staatsregierung auszuüben? Die Hilfe der Staatsregierung zu requiriren gegen eine Regierung, von der man überzeugt ist, daß sie nicht ohne Weiteres zu befehligen

ist? Konnte man sich nicht sagen, daß die Staatsregierung sich einfach auf den Boden der bestehenden Gesetzgebung stellen und danach antworten werde, wie diese Antwort in so präciser Form auch abgegeben worden ist.

Man versucht es sogar in dieser Bresse, die Verantwortlichkeit für diese Regung der conservativen Partei aufzuheben, man leht in dieser Bresse sogar die Spitze gegen sie. Ein Artikel der „Posener Zeitung“, überschrieben „Conservative Ausschreitungen“, schildert den bekannten Vorfall in Berlin; ich unterlasse es aber, die einzelnen Sätze mitzutheilen, weil ich mich mit Unwillen von den gebrauchten Worten abende. Nur den mit ganz besonderem Aplomb geschriebenen Schlußsatz will ich mittheilen: „Dieser Kantowitz nahm die Sache trumm, verabschiedete dem einen der Helben eine Obrisage, womit die Judenfrage zu allgemeiner Befriedigung erledigt war. (Heiterkeit.) Man muß zu jeder Zeit, an jedem Orte und bei jeder Gelegenheit gegen die Ausschreitung der jehigen conservativen Strömung protestiren.“ (Lachen rechts.) Das waht ein Blatt zu schreiben in demselben Moment, wo alle übrigen Blätter des gleichen Kalibers in der höchsten stillen Entrüstung die Hilfe und den Schutz der Staatsregierung anrufen angeblichen Ausschreitungen gegenüber, die sich gegen das Judenthum richten. Auf welcher Seite liegen hier die Ausschreitungen? Zweifellos auf Seiten der unter jüdischem Einfluß stehenden Presse? (Beifall rechts.) Ich habe denn nichts weiter hinzuzufügen. Und wie behandelt man in allen diesen Blättern das Petitionsrecht? Ich habe gelesen, daß man die Unterzeichner der Petition mit den größten Schmähungen trifft, aber zu meinem großen Erstaunen eben erst von Herrn Reichensperger gehört, daß man sogar soweit geht, die Disciplinaruntersuchung gegen die Unterzeichner einer gegen das Judenthum gerichteten Petition zu beantragen. Da frage ich ruhig und objectiv: Hat nicht die „Nationalzeitung“ wirklich Recht, wenn ihr gelegentlich der Sachentscheidung, „es scheint wirklich, als ob es in Deutschland bald nötig werden soll, im Gegensaß zu früheren Bestrebungen für Emancipation der Christen zu agitiren?“ (Sehr richtig! rechts. Heiterkeit.)

Nein, meine Herren, täuschen wir uns darüber nicht: eine tiefe Mißstimmung gegen einen Theil unserer jüdischen Mitbürger hat die weitesten Kreise unseres Volkes erfüllt, und wenn irgendwo, so ist hier die Frage am Platze: welches sind die Gründe dieser Mißstimmung und welches sind die Mittel, um zu einem friedlichen Verhältniß zu gelangen, das wir Alle nur wünschen können? Ich frage Sie: befränkt sich denn diese Regung hier auf Berlin? Sehen Sie nicht in Preußen und in Deutschland überall dieselbe Regung? Und auch im Auslande, — ich schweige von Rumänien und Rußland — aber ich verweise auf Oesterreich, wo sich ganz dieselbe Regung zeigt, und wenn der Borechner glaubt, daß mit der Verantwortung der Regierung, welche ähnlich war, wie die hier gegebene, die Regung abgeschnitten ist, so sieht er die Sache doch von einem etwas sehr subjectiven und nicht ganz richtigen Standpunkte an, und wir machen in Frankreich dieselbe Wahrnehmung zunächst nur deshalb nicht, weil in ganz Frankreich nicht so viele Juden vorhanden sind, wie allein in der Stadt Berlin. (Hört! hört!) Und gerade Paris ist der Sitz jener internationalen alliance israelite, von der Grémieux selbst sagte: die Alliance wird eine wahrhafte Macht, sie ist eine zahlreiche und mächtige Verbindung, sie erstreckt sich über alle Punkte des Erdkreises — Kinder Israels, wir machen Riesenschritte! (Hört! Heiterkeit.) Ja, meine Herren, das ist vollkommen richtig. Die Emancipation des Judenthums hat sich in allen Culturländern vollzogen und ist zum vollständigen Abschluß gelangt. Specieell in unserem deutschen Vaterlande befinden wir uns momentan in dem Stadium — und darauf möchte ich den Hauptgrund der Erregung zurückführen — wo die vollzogene Emancipation in die äußere Erscheinung zu treten beginnt, wo die Wirkung dieser Emancipation sich auch dem weiteren Publikum fühlbar macht. Die conservativ Partei hat, so lange es sich de loco ferenda handelte, offen und rücksichtslos ihre Bedenken ausgesprochen und damals offen, ohne irgend einen unserer jüdischen Mitbürger verletzen zu wollen, die Frage zur Erwägung gegeben, ob sich die deutsche Nation so leicht darin werde finden können, daß man obrigkeitliche und richterliche Aemter in die Hände von Männern jüdischer Religion legt.

Nachdem aber die Emancipation vollzogen ist, nachdem die Verhältnisse unserer jüdischen Mitbürger gesetzlich geregelt sind, hat sich die conservativ Partei auf den Boden des gegebenen Rechtes gestellt und achtet die verfassungsmäßigen Rechte unserer jüdischen Mitbürger ganz ebenso wie die jedes anderen Staatsbürgers. Nun aber scheint es mir ersprießlich, ja sogar erforderlich zu sein, daß gerade in diesem Uebergangsstadium unsere jüdischen Mitbürger die neuerrungenen Rechte mit etwas mehr Tact und Mäßigung gebrauchen als dies häufig der Fall ist, um nicht die weitere Durchführung der Emancipation mit ihren Wirkungen auf die weiteren Kreise der Bevölkerung ohne Noth zu erschweren. Ja, m. H., haben denn unsere jüdischen Mitbürger diese Mäßigung stets an den Tag gelegt? Versuchen sie nicht durch stürmische Eindringen in alle denkbaren Gebiete des Staatsorganismus mehr Rechte für sich zu beanspruchen als ihnen vielleicht zukommen? Ich möchte zunächst die Frage aufwerfen, woher kommt es denn, daß unsere jüdischen Staatsbürger, denen alle Rechte der Verfassung eingeräumt sind, die nur ein Staatsangehöriger erlangen kann, damit nicht zufrieden zu sein scheinen, woher kommt es denn, daß ihre Vertreter sowohl hier wie im Reichstag sich fast ausschließlich in den Reihen der Opposition befinden, in den Reihen der Opposition einer Regierung gegenüber, deren Schutz und Hilfe sie sich doch stets so gern gefallen lassen? Ich will das aber dahin gestellt sein lassen, daß ist ja die Frage jedes Einzelnen. Aber, meine Herren, ganz andere, ernste Erwägungen drängen sich immer auf, und ganz andere bedauerliche Wahrnehmungen habe ich gemacht, und die bestehen darin, daß ein Theil unserer deutschen Judenthums und namentlich ein großer Theil der unter jüdischem Einfluß stehenden Presse und Journalistik nicht mit derjenigen Achtung anderer christlichen Institutionen gegenübersteht, die wir von ihnen zu fordern berechtigt sind. (Beifall rechts.) Hier am allerersten ist der Haß angebracht: Du sollst Deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Ja, meine Herren, ich könnte ihnen ein zahlreiches Material aufweisen, wenn es eines Beweises noch bedürfte, aus dem hervorgeht, daß man sogar dazu übergegangen ist, Angriffe gegen das Christenthum zu richten.

Ja, meine Herren, gegen solche Regungen richtet sich eine Bewegung, die Sie jetzt hier durch das Parlament einbämmern wollen, und meine politischen Freunde und ich können sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß in der That Gründe vorliegen, welche dieser Bewegung Nahrung geben und sie herborrufen müssen. Wir hoffen, daß es dem gelungen Sinn des einsichtsvollen Theils unserer jüdischen Mitbürger gelingen werde, diese Bedenke, die hervorgehe aus der großen Rasse des christlichen Volkes durch etwas tactvolles Verhalten in dem Gebrauch ihrer Rechte die Spitze abzubringen. Wir können uns allerdings der Befürchtung nicht entschlagen, daß, wenn unsere Hoffnungen enttäuscht werden sollten, die Bewegung einen Umfang annehmen könnte, dessen Ende wir absolut zu übersehen außer Stande sind, worauf aber die Verantwortung die conservativ Partei im Voraus auf das Bestimmteste ablehnen muß. (Beifall rechts.) Die Gegenseite lassen sich mildern, wir können wieder zu einem friedlichen Zustand mit unseren jüdischen Mitbürgern gelangen, den wir alle wünschen, wenn dieselben mit mehr Pictet dem Glauben, den Sitten, den Gefühlen des deutschen Volkes gegenüberstehen, wenn sie mit etwas mehr Respekt den christlichen Institutionen des Staates begegnen wollen, dessen milde Gesetze sie selbst in der ausreißendsten Weise und ausgiebigsten Weise schätzen. Sind diese Forderungen unbedeutend? Wissen wir nicht, daß wir das ganze Land hinter uns haben bei der Vertheidigung dieser Position? (Sehr gut! rechts.) Wenn dieser in der entgegenkommendsten und friedliebendsten Weise an unsere jüdischen Mitbürger gerichtete Appell auch diesmal wieder ungehört und unbeachtet in der Luft verhallen sollte, dann allerdings wird keine Macht der Interpellation, keine Macht einer geschäftig revidirten Presse, kein anderes Machtmittel im Stande sein, eine Bewegung einzubämmern und zu unterdrücken, die nach ihrer innersten Ueberzeugung den Grundsatß vertheidigt und hochhält, daß wir ein christliches Volk sind und bleiben wollen. (Beifall rechts.)

Abg. Birchow: Man sucht nach besonderen Gründen, welche uns veranlaßt hätten, unsere Interpellation einzubringen. Wenn man sieht, mit welcher Zaghaftigkeit wir überhaupt das Interpellationsrecht handhaben, und hiermit die Praxis in andern constitutionellen Ländern vergleicht, so wird man angefaßt von der liegenden Thatsache sich doch kaum über unser Vorgehen wundern können. Der Zweck desselben ist einfach der, das Publikum zu abertönen, daß die hier getrenntesten Bestrebungen weder bei der Regierung noch im Hause auf irgend einer Seite auf Unterstützung rechnen können. Dieser Zweck ist, wie wir es erwartet haben, erreicht. Die Antwort der Regierung war vollkommen correct und wird nicht verfehlen, im Lande ihre Wirkung zu thun. Freilich hätte ich gewünscht, daß sie etwas wärmer gewesen wäre. Der Herr Minister war kühl bis ans Herz hinan. Herr v. Tissa ist in der Verantwortung einer ähnlichen Interpellation viel weiter gegangen; er hat erklärt, daß in dem Augenblicke, wo die Bewegung zu einem gegenfeitigen Aufgehen der verschiedenen Confessionen und zu einer Störung des religiösen Friedens führen sollte, sich die Regierung ihrer Pflicht bewußt sein werde, den Schuldigen mit der Wucht des Strafgesetzes zu treffen. Diese Bereitwilligkeit scheint bei unserer Regierung nicht in gleichem Maße obzuwalten. Der Vorstand der hiesigen jüdischen Gemeinde hatte bereits unterm 17. October v. J. an den Minister des Innern eine

Eingabe gerichtet, in welchem er im Namen der jüdischen Bevölkerung um Schutz gegen die aufsteigenden Verleumdungen des Herrn Stöder bat. Diese Eingabe blieb ohne Antwort, ebenso eine zweite vom 20. April und eine dritte vom 31. Mai v. J. Endlich begab sich der Vorsitzende des Vorstandes persönlich in das Ministerium, wo er nicht den Minister aber einen hochbedeuten Beamten antraf, welcher ihm auf seine Beschwerde bemerkte, daß der Minister nicht Jedermann antworten könne.

Gleichwohl hatte der Besuch das Resultat, daß am 19. Juni eine Antwort des Ministeriums erfolgte, in welcher zunächst die Legitimation des Vorstandes der jüdischen Gemeinde, im Namen der gesammten jüdischen Bevölkerung zu sprechen, bemängelt und sodann des Weiteren ausgeführt wurde, daß die Regierung, auch wenn die wünschenswerthe Grenze in der Agitation nicht eingehalten werde, nur so weit einschreiten könne, als Gesetzesverletzungen vorlägen, und solche seien bisher nicht festgestellt worden. (Rechts: Sehr richtig!) Vielleicht wäre es möglich gewesen, wenn diese Antwort ein Jahr früher erfolgt wäre, das Vorkommen solcher Gesetzesverletzungen zu constatiren. Jedenfalls klang die Antwort nicht sehr ermutigend, und gewährt der öffentlichen Discussion confessioneller Fragen eine Latitade, welche zu der Forderung berechtigt, daß man auch auf christlicher Seite nicht allzu empfindlich gegen Angriffe jüdischer Mitbürger sein möge. Ueberwacht hat mich die Ansicht, daß man den Juden ihre gegenwärtigen Rechte nur eingeräumt habe in der Erwartung, daß sie einen mäßigen und bescheidenen Gebrauch von denselben machen würden. Wenn man jemandem ein Recht giebt, so pflegt man doch dies in der Absicht zu thun, daß er sich desselben in ausgiebiger Weise bediene. Könnten Sie uns nachweisen, daß die Juden ihre Rechte zum Schaden des öffentlichen Interesses gemißbraucht haben, so würden wir ja gern bereit sein, unsere Hand zu bieten, um solche Ausschreitungen zu verhindern, wir würden aber deshalb noch nicht daran denken, diese Rechte zu kürzen, eine Eventualität, die zu meinem Bedauern selbst der Abg. Reichensperger als möglich in Aussicht genommen hat. Derselbe Abgeordnete hat, um diese Ansicht zu rechtfertigen, die Culturkampffrage mit in die Debatte gezogen. Ich bin, wie Herr Reichensperger weiß, jederzeit bereit, in eine Erörterung über diese Frage einzutreten, nur gehört dieselbe ganz und gar nicht hierher, und ich bitte Sie recht sehr, die vorliegende Angelegenheit nicht durch eine andere zu compliciren.

Die Agitation gegen die Juden stützt sich vornehmlich darauf, daß es notwendig sei, die eingeborenen Deutschen gegen die übermäßige Einwanderung der Juden zu schützen. Der hervorragende Statistiker Dr. Neumann hat nun in einer Broschüre nachgewiesen, daß die Behauptung einer übermäßigen Judeinwanderung jeder Begründung entbehre, daß die Auswanderung sogar stärker sei als die Einwanderung und daß nur in der Stadt Berlin das jüdische Element progressiv zunehme in Folge einer Einwanderung — nicht aus dem Auslande sondern aus den preussischen Provinzen. (Abg. Reichensperger: Die Zahlen der Broschüre reichen nur bis zum Jahre 1871.) Allerdings erstreckt sich der Beweis nur bis zum Jahre 1871, weil nur bis dahin das statistische Material vorlag, wenn Sie aber behaupten, daß die Sache sich seit 1871 geändert habe, so sind Sie es, die den Beweis für diese Behauptung führen müssen. Das können Sie nicht und Sie erheben sich also über einen Gegenstand, der gar nicht erittet. Wann man Ihnen nachweist, daß in der Religion der Juden durchaus nichts Aggressives oder Gemeingefährliches zu finden sei, so antworten Sie: wir bekämpfen nicht die jüdische Religion, sondern die Rasse. Aber vergessen Sie denn, daß getaufte Juden hervorragende Führer der conservativen Partei gewesen sind? Ich erinnere nur an Stahl und Leo, um nicht näherliegende Beispiele zu wählen. Hat sich denn Ihr Rassenhaß gegen diese gern aufgenommenen Parteigenossen nicht geltend gemacht? (Heiterkeit.) Giebt es nicht sehr vornehme Familien, die mit Juden verschwägert sind? (Heiterkeit.) Nichts ist Ihr Rassenhaß vielleicht auch nur gegen das männliche Geschlecht. (Große Heiterkeit.)

Die Rasse scheint also doch nicht das Abschreckende zu sein und es bleibt nur die Religion, welche Sie verfolgen. Da wird man denn doch sehr stutzig, um so mehr, als es schließlich die niedrigsten Leidenschaften sind, die entscheidend werden. Vor Allem der Haß! Der Umstand, daß die Juden es sind, die das Geld haben und die es anzusammeln wissen, regt die Massen gegen sie auf. (Auf rechts: Es kommt darauf an, wie sie es verdienen!) Nicht bloß gegen den unreligiösen Erwerb richten sich die Angriffe. Vor mir liegt eine Broschüre, in welcher darüber gellagt wird, daß der Procentsatz der jüdischen Kinder in unseren Schulen wachse, und daß es deshalb einen Kampf ums Dasein gelte, den die germanische Rasse gegen die jüdische zu führen habe. Wollen Sie denn der jüdischen Bevölkerung einen Vorwurf daraus machen, daß sie ihren Kindern eine gute Erziehung geben läßt und sie dadurch befähigt, diejenigen, die Nichts gelernt haben, zu überflügeln? Herr von Seydewitz erklärte, die jüdischen Juden, die er persönlich kennen gelernt habe, seien sehr achtungswürdige Männer gewesen, nur im Allgemeinen taue die jüdische Bevölkerung wenig. Es liegt mir fern fern zu behaupten, daß alle Juden angenehme Leute sind, eben so wenig will ich für alle ihre Eigenschaften eintreten oder alle Juden, welche in der Bresse thätig sind, für vortreffliche Leute halten. Diese Mängel und Auswüchse werden aber von den Juden selbst anerkannt und bekämpft; ich verweise Sie in dieser Beziehung auf eine Broschüre des Dr. Breslau, die bereits in zweiter Auflage erschienen ist. Die jüdische Rasse ist sehr gut veranlagt; es kommt nur darauf an, diese Anlagen richtig zu entwickeln, und das kann nur durch einen guten Schulunterricht geschehen. Daß es sehr wohl möglich ist, auch in Ländern, wo das jüdische Element stark entwickelt ist, den religiösen Frieden zu erhalten, beweist das Beispiel Hollands.

Die conservativ Partei kann nicht leugnen, daß von ihr der Anstoß zu der jetzigen Bewegung ausgegangen ist, wenn auch die „Germania“ ihr Theil mit dazu beigetragen hat. Auch der Replikationshaß ist nicht ganz untheilhaftig dabei gewesen, denn die Agitation begann in der Zeit, wo hervorragende Juden im Parlamente angingen, nach Oben hin unbenommen zu werden. Es tauchten damals eine Menge Broschüren und Blätter auf, die den Kampf gegen das Judenthum predigten. Welche Verwirrung selbst bei ununterrichteten Männern diese beeinflusste Presse anrichteten vermag, beweist die Thatsache, daß Herr Reichensperger die „Gremboten“ und die „Schlesische Zeitung“, welche sich zu den allergeringsten Antheilen in dieser Hinsicht vertheiligt hat, als Organe der liberalen Presse ausgesprochen hat. Es wäre im öffentlichen Interesse in der That sehr wünschenswerth, wenn gewisse Kreise sich der Gemüthlichkeit in die Presse mehr enthielten und die subventionirten Blätter durch Entziehung der Mittel unterdrückten. Ich schreibe mit der Hoffnung, daß die heutige Debatte dazu beitragen möge, die öffentliche Meinung über die vorliegende Frage zu klären und die vorhandenen Gegensätze auszugleichen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Sobrecht: Die Interpellation des Abg. Hänel war gerechtfertigt, wenn auch vielleicht nicht durch die corporative Position, so doch durch den Wunsch und die Hoffnung, daß in einer nun seit Jahren andauernden Bewegung, die unser öffentliches Leben stört, verwirrt und benummelt, eine offene zweifelhafte Erklärung der Regierung wohl im Stande sein werde, einen Stillstand und eine Beruhigung herbeizuführen. Die weitere Besprechung der Interpellation haben wir, meine politischen Freunde und ich, nicht hindern können, auch nicht hindern wollen, obgleich sie nach der Meinung vieler von uns nicht ganz gefahrlos ist, da es eine Aufgabe unserer Politik ist, dem Eindringen unbedenkbarer, zerstörender elementarer Kräfte in unser öffentliches Leben möglichst vorzubeugen. Denn es handelt sich nach meiner festen Ueberzeugung nicht um einen confessionellen Haß, sondern um einen Rassengefeß. Die confessionellen Gegensätze spielen nur in so fern hinein, als leider confessionen anzureufen und anzuschälen. Der Rassengefeß als Bundesgenosse im Stande, die wissenschaftlichen und ethischen Probleme, die sich an diese Frage knüpfen, gründlich zu erörtern oder etwa gar über die einzelnen Conflictfälle zu Gericht zu sitzen. Unsere Aufgabe kann nur sein, dahin zu wirken, daß in der öffentlichen Thätigkeit unserer bürgerlichen und staatsbürgerlichen Organe jeder Versuch streng fern gehalten werde, sie in den Dienst irgend einer parteiischen Tendenz zu stellen. Darin liegt auch die Gefahr dieser ganzen Agitation, daß sie Lebenskräfte nach gerufen hat, die sich nicht kontrolliren lassen. Von unserer Discussion müssen Sympathien und Antipathien möglichst fern gehalten werden. Wenn wir, einem der besten Jäger unseres Nationalcharakters folgend, nicht nach einem Sonnenbuck suchen, sondern das Auge auch in unser Inneres wenden, so wissen wir sehr bald genau, wo es fehlt und was zu ändern ist. Ich stimme dem Borechner darin bei, den leidenschaftlichen und heftigen Anlagen und Vorurtheilen gegen die Juden liegt ein gut Theil des häßlichsten Neides zu Grunde. (Zustimmung links.) Es liegt ihnen zu Grunde ein bellagener Mangel an ruhigem, festem Selbstvertrauen und an Energie. Wir haben in einer der corporativen Petitionen die Aeußerung gelesen: „Wo in gleicher Zahl Juden und Christen zusammen sind, da sind die Juden die Herren, die Christen die Knechte.“

Meine Herren! Das ist nicht wahr. Wenn es wahr wäre, dann hätten die Juden Recht. Dann wären wir durch unsere Schuld die Knechte. Wenn unsere jüdischen Mitbürger sich selbst prüfen, so werden sie auch in sich den Feind erkennen, den sie zu bekämpfen haben, und mancher hat das offen ausgesprochen. In einer gleichberechtigten Gesellschaft ist unerträglich dieses maßlose fürchterliche Gefühl, wenn einem von ihnen — um den

Ausdruck des Abg. Reichensperger zu brauchen — auf die Hühneraugen ge-
treten wird. Wenn gar Jemand in einer abhängigen Stellung, dessen Amt
ihn zu besonderer Discretion verpflichtet, sich gegen einen Juden eine Acte
losigkeit oder Ungezogenheit zu Schulden kommen lässt, was ja übel genug
ist, dann hören sofort alle Rücksichten auf, dann sollen alle Behörden Zeug-
nis ablegen von der Tiefe ihrer Entrüstung, dann soll der Spruch, der das
deutsche Rathhaus ziert: „Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede“,
man soll sie billig hören. Bedenken Sie, dass die Defecte auf beiden
Seiten, die beseitigt werden müssen. Aber ein Parlament kann dagegen
keine Hilfe gewähren, sondern nur die Gesellschaft. Wenn wir uns alle
das Gute und Schöne ins Gedächtnis rufen, was gerade in Preußen
dadurch erworben ist, dass Deutsche und Juden sich die Hand gereicht haben,
dass sie in Forschung und praktischer Thätigkeit mit einander gewetteifert haben,
dann werden wir die Geduld und Besonnenheit finden, ohne die diese Krankheits-
erscheinung nicht zu überwinden ist. Die Regierung hat eine zweifelhafte
Erklärung abgegeben, wir nehmen von ihr mit dem Vertrauen Act, dass
die Staatsregierung auch die Consequenzen dieser Erklärung auf allen Ge-
bietern der Verwaltung ziehen und zur Geltung bringen werde. Wir sind
überzeugt, dass sie in allen Fällen lediglich ruhige und leidenschaftslos Ge-
rechtigkeit walten lassen. Die übrige muß der gesunde Verstand und
das gesunde Herz unseres Volkes besorgen. (Beifall.)

Abg. Träger: Es ist merkwürdig, dass wir heute in dem großen und
mächtigen Preußen die Judenfrage debattiren müssen und zwar in einer
Weise, wie es heute geschieht. Erinnern wir uns denn dabei nicht, dass
das darniederliegende und gedemüthigte Preußen dieser Frage in einer
ganz anderen Weise näher trat? Damals wurde den Juden schon das
Staatsbürgerrecht zugestanden, und sogar die Bundesgesetze legten im Art. 16
allen Bundesregierungen die Tendenz nahe, den Juden die volle Gewäh-
rung der staatsbürgerlichen Rechte gegen Uebernahme der staatsbürgerlichen
Pflichten zu gewähren und ausdrücklich wurde ihnen Alles, was sie an
Rechten in den Bundesstaaten hatten, gewährleistet. Die preussische Re-
gierung mende sich deshalb in den Jahren 1828—1830 an die Stände, je-
doch fielen die Aeußerungen so ungünstig aus, dass diese Bestrebungen
fallen gelassen wurden. Im Jahre 1845 erklärten sich Johann freiwillig
von den 8 preussischen Provinzialständen 5 für die Erweiterung der Rechte
der Juden und sogar 2 für die volle Gleichberechtigung, und deshalb legte
die Regierung im Jahre 1847 den bekannten Gesetzentwurf vor. Und
welche Schicksale, m. H., erfuhr er zunächst? Lassen wir den Herren den
Vortritt. In der Herrencurie vereinigen sich die drei ersten Redner, die
Grafen Dönhof, Yorl und Fürst Dönhof zu dem Antrag, dem vorgelegten
Gesetzentwurf die Genehmigung zu verweigern und einen neuen Entwurf
vom Könige zu verlangen, wonach volle Gleichberechtigung den Juden
zu Theil werden solle. In der Curie der drei Stände war das Schicksal
des Gesetzentwurfs dasselbe, überall kam der Tendenz der vollen Gleich-
berechtigung der Juden die größte Sympathie entgegen. Redner verliest
eine Stelle aus den damaligen Verhandlungen der Curie, wonach für die
Gleichberechtigung der Juden plaidirt wurde und fährt dann fort: Ja,
m. H., das war nicht das Mitleid einer extremen Partei, sondern es war
der Fürst Reuß.

Auch die Vertreter der Ritterschaft, mit Ausnahme der Herren v. Man-
teuffel und von Bismarck-Schönhausen, hatten alle die gleiche Gesinnung.
Allerdings hat sich der Herr von Bismarck-Schönhausen, seitdem er Reichs-
kanzler geworden ist, vollständig bekehrt. M. H., das waren Ihre Vor-
fahren, die auf einer ganz anderen Seite gestanden haben, als die ist, auf die
man sie heute bringen will. Sie verwahrten sich gegen den Vorwurf des
Rücktritts, Sie wollten conservativ sein, d. h. das Befestigte und Er-
probte gegen den Ansturm zweifelhafter Neuerungen verteidigen. Wo hier
das Erprobte liegt, ist nicht schwer zu entscheiden. Mit dem Christenthum
haben diese Bestrebungen nichts zu thun. Dagegen sind es socialistische
Bestrebungen und zwar nicht ehrliche, sondern unehrliche. Man weckt den
Neid der wenig Befähigten gegen die mehr Befähigten, der Unbefähigern
gegen die Geschickteren. Man hat damals den Juden die Freiheiten ge-
geben, ohne den Gedanken eines Vorbehalts, wie ihn der Abgeordnete
Reichensperger ausgedrückt hat. Damals schon wies man auf die Juden
hin, die in den Freiheitskriegen mitgekämpft hätten, liegt uns eine ver-
altete Hymne nicht viel näher? Hat man das eiserne Kreuz und die
Ehrenzeichen des letzten großen Krieges etwa mit besonderen Abzeichen für
Christ und für Juden versehen? Ist es nicht das höchste Ehrenrecht, für
sein Vaterland bluten und sterben zu dürfen und sind nicht alle anderen
Rechte ihm gegenüber verschwindend klein. Aber nicht bloß mit dem
Schwerte, sondern auch mit dem Beutel in der Hand haben die Juden stets
thätigste Hilfe geleistet und sogar auch jener Wohlthätigkeit, welche die
specifisch christliche nennen möchte, die sich eigentlich im Gegensatz zu
der allgemeinen Wohlthätigkeit stellt und zuweilen einen recht offensiven Cha-
rakter trägt.

Bereits im vereinigten Landtag äußerte Camphausen, dass die Christen
des preussischen Staates an die politische Gleichberechtigung der ver-
schiedenen Confectionen geknüpft sei, und dass die Monarchie gefährdet werde,
wenn dieser Grundhalt nachhaltig und wesentlich verlassen werden sollte. —
Schon das Allgemeine Landrecht, das bis heute unbertroffene Muster eines
Gesetzbuchs, verlangt nur, dass jede Kirchengemeinschaft ihren Mitgliedern
Gehorsam gegen die Gottheit, Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den
Staat und sittlich gute Gesinnung gegen ihre Mitbürger einflöße; und in
keiner dieser Beziehungen stehen die Juden den Christen nach. Es ist traurig,
dass wir heute 23 Jahre nach der Begründung unseres Constitutionalismus
diese Debatte haben, in der nichts vorgebracht ist, was nicht schon damals
horgebracht und anerkannt oder widerlegt worden ist. Damals belebte aber
das Volk und seine Vertreter noch ein gewisser Idealismus und man war
noch nicht so weit gekommen, freigeistliche und humane Bestrebungen mit
der Bezeichnung Doctrinarismus zu belegen.

Abg. Winthorst erklärt zunächst, dass er nur seine persönliche Ansicht
aussprechen. Die Interpellation war durchaus nicht motivirt; sie wird das
Gegentheil von dem bewirken, was beabsichtigt war, und das bebaue ich
im allerhöchsten Maße. Die Herren haben sich hinreichend lassen durch die
Höhe des Momentes. Die Interpellation ist von der Regierung zurecht
und erschöpfend beantwortet worden. (Abg. Sänel: Also!) Der Abg.
Winthorst findet die Antwort fühl; uns würde eine solche Antwort in ähn-
lichen Fällen nicht zu fühl gewesen sein. (Sehr gut! im Centrum.) Uns
ist eine solche Antwort niemals zu Theil geworden. Das ist auch ein Zeichen
der Zeit, dass man uns nicht, und weniger fühl behandelt. (Sehr richtig!
im Centrum.) Ich weiß auch nicht, was Herr Träger noch vorzutragen
hatte, nachdem von allen Seiten anerkannt war, dass an dem bestehenden
Rechtszustande nichts geändert werden sollte. Oder wollte er nur seinen Frac-
tioniengenossen ins Gedächtnis zurückrufen, wie sie von alledem das Gegentheil gethan,
was er ausgeführt. (Sehr gut! im Centrum. Heiterkeit.) Die schwierige Frage der
socialen Stellung unserer jüdischen Mitbürger im christlichen Staate sollte erst
wissenschaftlich behandelt, aber nicht in das Tagesleben und die Massen hinein-
geworfen werden. (Hört!) Der ganze Inhalt meines Gedankenganges ist kurz:
Keine Judenhebe, aber auch keine Christenhebe, vor Allem keine Katholiken-
hebe! Politische und religiöse Duldung sind wir allen unseren Mitbürgern
schuldig, namentlich aber auch den jüdischen, weil sie in der Minorität sind.
Aber diese Duldung soll nicht einseitig, sondern gegenseitig sein. Die Frage
ist in der Presse nicht immer in der richtigen Weise behandelt, unsere jü-
dischen Mitbürger sind oft verletz worden. Das muß ich entschieden miß-
billigen. Jedenfalls gehört die Angelegenheit nicht in Volksversammlungen,
so lange nicht bestimmte Resultate auf wissenschaftlichem Gebiete erzielt sind.

Aber alle diese Erörterungen wären nicht eingetreten, wenn nicht ein
Theil unserer jüdischen Mitbürger selbst Veranlassung dazu gegeben hätte.
Einer der Hauptpunkte ist nach meinem Dafürhalten der, dass wenn ein
einzelner oder eine Mehrzahl von Juden etwas gethan hat, was mit Recht
getadelt wird, man das verallgemeinert und generell hinstellt. Es ist
richtig, dass ein Theil der Juden eine Weise angeschlagen habe, die für
die Gesellschaft höchst bedenklich ist; die ruhig denkenden unter den
Juden sollten ihre Genossen auf den rechten Weg bringen. Namentlich
hat in den kirchenpolitischen Kämpfen die überwiegende Mehrzahl
der jüdischen Literaten eine falsche Stellung eingenommen, sie hätten
den Christen ihre Angelegenheiten überlassen sollen, da die Christen
sich um ihre Angelegenheiten auch nicht kümmern. Der Abgeordnete
Winthorst ist über die katholische Frage leicht hinweggeschlüpft. So
wenig mich auch die Interpellation und ihre Besprechung angeht,
hat, so ist sie doch die beste Gelegenheit, zu zeigen, wie inconsequent die
Culturkämpfer sind. Ich billige die Erklärung von Notabeln, die neulich
in den Zeitungen gestanden hat, vollkommen, aber es muß immer heißen
„den jüdischen und katholischen Mitbürgern“. (Zustimmung im Centrum.)
Es war mir auch eine gewisse Genugthuung, den Namen des Herrn Geist
unter denselben zu finden; er wird nun hoffentlich als Jurist die Con-
sequenzen daraus ziehen und seine Vergehen von der Mosadire Affaire ab
wieder gründlich gut machen. Ich will auch nicht ganz verweisen und
hoffen, dass die Vogl langsame Fortschritte machen wird, auch anderwärts.
Seien wir tolerant nach allen Seiten hin, dann wird uns auch gelingen,
die Bewegung aus den Gemüthern zurückzudrängen. Man kann es den
Juden nicht verdenken, wenn sie von ihren Rechten Gebrauch machen, aber
sie dürfen nicht allzu weit gehen.

Dass das christliche Princip zurückgedrängt wird, verdanken wir der Alex-
die mit dem Schulausschüsse begann, die eine verhängnisvolle Wen-
dung in der preussischen Geschichte bedeutet. Die Entwidlung des Schul-
wesens führt dahin, dass der Glaube der Väter in den Kindern verwirrt
wird. Die Juden können nicht mit Unrecht sagen, was wir thun, haben
wir auf euren Schulen gelernt. Diejenigen, die am Glauben ihrer Väter
festhalten, verfallen in diese Fehler niemals. Aber derjenige Theil, der un-
gläubig geworden ist, reicht dem ungläubigen Christen die Hand und fällt
mit ihm gemeinschaftlich über das positive Christenthum her. Wenn man
darüber Klagen erhebt, dann soll man es nicht den jüdischen Elementen,
sondern der ungläubigen Gesellschaft zur Last legen. Der christliche Sinn
kann nur aufrecht erhalten werden durch die freie Bewegung der christ-
lichen Kirche. Sie haben die christliche Kirche getrennt. (Widerpruch
links.) Hat die Regierung etwas gethan, um dieses Unglück abzuwenden?
Thut sie jetzt etwas? Sie bleibt in ihrer unerschütterlichen Haltung der
Kirche gegenüber. Wenn etwas vom Christenthume verloren geht, so ist die
Regierung Schuld daran. (Beifall im Centrum.) Ich flehe die Regierung
an, dafür zu sorgen, dass unsern jüdischen Kindern der Glaube der Väter
nicht verflümmert werde, um sie vor dem Materialismus und Unglauben
zu bewahren. Immer sollten wir uns des Spruches bewußt bleiben: Was
du nicht willst, das man dir thu, das sag' auch keinem andern zu. (Beifall
im Centrum.)

Am 4 Uhr wird die weitere Debatte auf Montag 10 Uhr vertagt.

Berlin, 20. Novbr. [Amtliche.] Se. Majestät der König hat dem
Landesdirector der Rheinprovinz, Geheimen Ober-Regierungsrath z. D.
Freiherrn von Landsberg zu Düsseldorf, den Rothen Adlerorden zweiter
Klasse mit Eichenlaub, dem Reiterförster a. D. Schön zu Grimburger Hof
im Landkreise Trier, bisher zu Forsthaus Kint derselben Kreises, den könig-
lichen Kronorden vierter Klasse; sowie dem Organisten Karl Wilhelm
Meyer zu Magdeburg, dem pensionirten Förster Lüttich zu Halle a. S.,
bisher zu Greppin im Kreise Bitterfeld, dem Wachsenmacher a. D. Wolff,
bisher beim 5. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 94 (Großherzog von
Sachsen), dem Maschinenmeister Arnold und dem Schriftföhrer Dörk, beide
in der H. Kanterischen Hofbuchdruckerei zu Marienwerder, das Allgemeine
Ehrenzeichen verliehen. (R.-A.)

Provincial-Beitung.

— Breslau, 22. Novbr. [Ernennung.] Herr Generalmajor von
Oppen ist zum Generalleutnant ernannt worden.

Δ Schweidnitz, 19. Novbr. [Bürgerverein.] — Verpachtung der
Eisengrube. Am 15. d. M. fand die erste Versammlung des Bürger-
vereins, welcher das 14. Jahr seiner Thätigkeit begann, statt. Der Vor-
sitzende, Maurermeister Schliebener erstattete den Jahresbericht, während
der Rassenführer, Kaufmann Dietrich, Rechnung legte. Letzterem wurde
Decharge ertheilt. Hierauf wurde zur Wahl des Vorstandes für das neue
Bereinsjahr geschritten. Es wurden, nachdem die Herren Schliebener
und Dietrich die Annahme der Wiederwahl abgelehnt hatten, zu Mitglie-
dern des Vorstandes gewählt: Kaufmann Alois Kaiser, Buchdrucker-
besitzer Boy, Goldarbeiter Scholz, Kaufmann Langer und Buchbinder-
meister Ritsche. Der Verein beschloß, die Sitzungen, wie bisher, alle
14 Tage abzuhalten gegen den von einer Seite eingebrachten Antrag, im
Laufe des Monats nur zu einer Sitzung sich zu versammeln. — Bei dem
Auctionstermin zur Verpachtung der Eisengrube auf sämtlichen, der
Stadtcommune gehörigen Leichen während des laufenden Winters war
seitens des Vertreters der heiligen Braucommune das Meistgebot von 120 M.
abgegeben worden. Die Stadtverordneten ertheilten in der gestrigen Sitzung
den Zuschlag nicht, sondern beantragten die Anberaumung eines neuen
Termins und setzten den Taxwerth auf 600 Mark fest.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Laibach, 21. Novbr. Am nächsten Sonntag findet hier eine
Volksversammlung statt, welche sich gegen die Beschlüsse des Wiener
Parteitages aussprechen soll.

Peß, 20. Novbr. Die vereinigte Opposition hat den Antrag der
außerhalb der Parteien stehenden Abgeordneten, betreffend die Bildung
eines gemeinsamen Clubs auf der Grundlage des Ausgleichs von 1867
einstimmig angenommen.

Agusa, 20. Novbr. Derwisch Pascha soll 4000 Mann Ver-
stärkung verlangt haben.

Paris, 20. Novbr. Deputirtenkammer. Der Bericht der Com-
mission zur Verathung des Antrages, betreffend die Untersuchung der
Affaire Dreyfus, gelangte heute zur Vertheilung. Der Bericht spricht
sich für die Einleitung der Untersuchung aus. — Von dem Minister
der Marine und der Colonien, Admiral Cloué, wurde der Geset-
zentwurf, betreffend die Abtretung der Insel Tahiti an Frankreich,
vorgelegt. Bei der fortgesetzten Verathung des Gesetzentwurfs über
die Reform des Richterstandes wurden die Artikel 5, 6 und 7 ange-
nommen. Ueber den Art. 8, nach welchem die Bestimmung der Unab-
sehbarkheit der Richter für ein Jahr aufgehoben werden soll, fand eine
längere Debatte statt, in welcher zwei beantragte Amendement abgelehnt
wurden. Die Verathung wird am nächsten Montag fortgesetzt. —
Der Deputirte La Bille beabsichtigt, am nächsten Montag an die
Regierung eine Interpellation wegen der Ernennung des Admiral
Cloué zum Marineminister zu richten. — Die internationale Con-
ferenz zur Feststellung der Grundzüge für eine internationale Con-
vention über das industrielle Eigenthumsrecht und die Fabrikmarken
hat heute ihre Verhandlungen beendet. — Der „Temps“ will wissen,
dass der englische Botschafter Goschen dem Sultan erklärt habe, Europa
werde sich in Betreff der Uebergabe Dulcigno nur noch zehn Tage
gedulden.

Brüssel, 21. Novbr. Heute fand auf dem Kirchhofe Evere die
Einweihung des Denkmals für die während des deutsch-französischen
Krieges in Belgien verstorbenen französischen Soldaten statt. Der
französische Gesandte, Decrais, hielt hierbei eine Rede, in welcher er
Belgien für dessen hochherzige Gesinnungen gegen Frankreich dankte.
Gleichzeitig ertheilte er die Versicherung, dass die Regierung der fran-
zösischen Republik, trotz aller in der letzten Zeit aufgestellten gegen-
seitigen Behauptungen, keine Absicht auf eine Annexion hätte, son-
dern in der belgischen Nation eine verbündete und befreundete Nation
erblickte.

London, 20. November. In dem heute in Balmoral unter dem
Vorsitz der Königin abgehaltenen Ministerrath wurde beschlossen, das
Parlament bis zum 2. December weiter zu vertagen. Die Einbe-
rufung des Parlaments an diesem Termine folgt hieraus nicht.

London, 20. Novbr. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus
Teheran von heute: Die persischen Truppen zerstörten Lej und
andere kurdische Dörfer in der Umgegend von Soosbulagh und
richteten bis Chavuran vor. Die Häuptlinge der kurdischen Tri-
busten und Dörfer haben sich nach Sardass, 50 Meilen von Soos-
bulagh, geflüchtet.

London, 21. Novbr. Der Lord-Direktor, Cookburn, ist gestern
Abend gestorben.

Petersburg, 20. Novbr. Nach einem Telegramm aus Livadia
vom 19. d. ist der Großfürst-Thronfolger mit seiner Gemahlin und
seinen Kindern nach Petersburg abgereist.

Konstantinopel, 20. Nov. Dem Vernehmen nach beabsichtige
Derwisch Pascha, heute mit mehreren Bataillonen auf Dulcigno zu
marschiren. Die Pforte hofft, dass die Uebergabe binnen acht Tagen
bewerkstelligt sein wird.

Washington, 21. Novbr. Das Schatzamt hat am Freitag für
188,000 Doll. 6 proc. Bonds von 1880 zum Tagescourse gekauft.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. Z. V.) Paris, 21. November, Abends. [Boulevard-Verkehr.]

Barocentice Rente —, —, Anleihe von 1872 119, 17 1/2, Ital.
bis 87, 40. Türken 10, 52 1/2, Türkenloose —, —, Spanien ex.
Defert. Goldrente —, —, Ungar. Goldrente 94 1/2, 1877er Russen.
III. Orientanleihe —, —, Egypter 329, 67 1/2, Rußig.
Frankfurt a. M., 20. Nov., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-
Course.] Londoner Wechsel 20, 36. Pariser Wechsel 80, 55. Wiener
Wechsel 172, 05. Köln-Mindener Stamm-Aktien 147 1/2. Rheinische Stamm-
actien 158 1/2. Hessische Ludwigsbahn 95 1/2. Köln-Mind. Prämien-Akt.
131 1/2. Reichsanleihe 100 1/2. Reichsbank 146 1/2. Darmstädter Bank 152 1/2.
Meininger Bank 95 1/2. Defert.-Ungarische Bank 704, 50. Creditactien 245 1/2.
Silberrente 62 1/2. Bapierrente 62 1/2. Goldrente 74 1/2. Ungarische
Goldrente 92 1/2. 1860er Loose 122 1/2. 1864er Loose 311, 20. Ungarische
Staatsloose 221, 50. Ungar. Ostbahn-Obligat. II. 84 1/2. Böhmische West-
bahn 203 1/2. Elisabethbahn 173 1/2. Nordwestbahn 159 1/2. Galizier 237 1/2.
Franken 241 1/2. Lombarden 76 1/2, 1877er Russen 91 1/2. II. Orientanleihe
57, Rhein. Eisenb.-St.-A., Köln-Mindener Eisenb.-St.-A. —, Fest.
Nachschluß der Börse: Creditactien 245 1/2, Frankosen 241.
Hamburg, 20. Nov., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco un-
verändert, auf Termine fest. Roggen loco unverändert, auf Termine fest. Weizen
per November 203 Br., 202 Gd., pr. April-Mai 215 Br., 214 Gd. Roggen
pr. November 208 Br., 206 Gd., pr. April-Mai 197 Br., 196 Gd. Hafer
und Gerste unverändert. Rübsöl ruhig, loco 57, pr. Mai 58. Spiritus matt,
per November 50 1/2 Br., per December-Januar 50 Br., per Januar-
Februar 50 Br., pr. April-Mai 49 1/2 Br. Kaffee fest, Umsatz 3000 Sack.
Petroleum fest, Standard white loco 10, 00 Gd., 9, 80 Gd., pr. No-
vember 9, 80 Gd., pr. December 10, 00 Gd. —, Wetter: Frost.

Hamburg, 21. Nov., Nachmittags. [Privatverkehr.] Lombarden —,
Creditactien 244 1/2, Bergisch-Märkische 116. Matt, geschäftlos.
Wien, 21. Novbr., Nachm. 12 Uhr 10 Min. [Privatverkehr.] Credit-
Actien 286, 40, Frankosen 280, 50, Galizier 275, 50, Anglo-Austr. 126, 50,
Lombarden 89, 50, Bapierrente 72, 30, Defert. Goldrente 86, 90, Ungar-
ische Goldrente 107, 87 1/2, Marknoten 58, 05, Napoleons 9, 37. —, Rußig.
Liverpool, 20. Novbr., Nachmittags. [Baumwollmarkt.] (Anfangsbericht.)
Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 12,000 Ballen,
davon 10,000 amerikanische.

Liverpool, 20. Novbr., Nachmittags. [Baumwollmarkt.] (Schlußbericht.)
Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen.
Stetig. Middl. amerikanische December-Januar-Lieferung —, Januar-Fe-
bruar-Lieferung 6 1/2, März-Lieferung 6 1/2. D.
Peß, 20. Novbr., Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco
fest, auf Termine fest, schlußlos, pr. Frühjahr 12, 30 Gd., 12, 35 Br. —
Hafer per Frühjahr 6, 42 Gd., 6, 45 Br. —, Mais per Mai-Juni 6, 25 Gd.,
6, 28 Br. —, Wetter: Regnerisch.

Paris, 20. Novbr., Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.)
Weizen weichend, per November 29, 50, pr. December 28, 80, pr. Januar-April
28, 60, pr. März-Juni 28, 60. Roggen fest, per Novbr. 24, 50, pr. März-
Juni 23, 25. Weizen weichend, per November 60, 50, pr. December 60, 25,
pr. Januar-April 59, 75, pr. März-Juni 59, 50. Rübsöl ruhig, per No-
vember 75, 75, pr. Decbr. 76, 00, pr. Januar-April 77, 00, pr. Mai-
August —, Spiritus ruhig, per November 60, 50, pr. December 60, 25,
pr. Januar-April 60, 25, pr. Mai-August 59, 25. —, Wetter: Kall.

Paris, 20. November, Nachmittags. Schluß der 88° beaufteht, loco 54, 50.
Weiser Ruder fest, Nr. 3 per 100 Kgr. per November 61, 75, per De-
cember 62, 00, pr. Jan.-April 62, 75.
London, 20. Novbr., Nachm. Havanna-Ruder Nr. 12 23 1/2. Matt.

Antwerpen, 20. November. Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.)
Weizen steigend. Roggen fest. Hafer fest. Gerste unverändert.
Antwerpen, 20. Nov., Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Petroleummarkt.]
(Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 25 1/2 bez. und Br., pr. De-
cember 25 1/2 bez. u. Br., pr. Januar-März 24 1/2 bez., 24 1/2 Br. —, Steigend.
Bremen, 20. November, Nachmittags. Petroleum fest. (Schluß-
bericht.) Standard white loco 9, 70 bez., pr. Decbr. 9, 70 bez., pr. Ja-
nuar-März 9, 95 Brief.

Handel, Industrie u.

Berlin, 20. November. Spiritus loco ohne Faß 57,1—57,9—57,5 M.
bez., pr. November 57,3—57,5—57,2 Mark bez., pr. November-December
56,5—56,3—56,4 M. bez., pr. December-Januar 56,5—56,3—56,4 M. bez.
pr. April-Mai 57,6—57,3—57,5 M. bez., pr. Mai-Juni 57,8—57,5—57,7
M. bez. Gefündigt —, Liter. Rübungspreis —, M.

* Breslau, 22. Novbr., 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markte war
die Stimmung für Getreide matt, bei ausreichendem Angebot Preise schwach
preisfallend.

Weizen in matter Stimmung, per 100 Kilogr. schles. weißer 19,00 bis
21,40—22,20 Mark, gelber 18,40—20,50 bis 21,20 Mark, feinste Sorte über
Notiz bezahlt.

Roggen nur billiger veräußert, per 100 Kilogr. 20,20 bis 20,80 bis
21,40 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 15,60—16,60 Mark, weiß
17,00 bis 17,80 Mark.

Hafer, seine Qualitäten behauptet, per 100 Kilogr. 13,20—14,00—14,60
bis 15,40 Mark, feinstes über Notiz bezahlt.

Mais in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 14,40—15,00—15,30 Mark.
Erbsen starker angeboten, per 100 Kgr. 17,50—19,00—20,50 Mark,
Victoria 21,00—22,50—24,00 Mark.

Bohnen vernachlässigt, per 100 Kilogr. 19,50—20,50—21,50 Mark.
Wicken behauptet, per 100 Kilogr. 13—13,50—14,20 Mark.

Lupinen preisbehaltend, per 100 Kilogr. gelbe 9,40—9,60—10,00 Mark,
blaue 9,30—9,50—9,80 Mark.

Deisaaten gut veräußert.
Schlaglein nur seine Qualität behauptet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	—	24	59	23	—
Winterraps	24	50	23	75	22	50
Winterrüben	23	75	23	—	22	—
Sommerrüben	23	75	23	—	22	—
Leindotter	22	50	21	75	21	—

Rapskuchen gut behauptet, 50 Kilogr. 7,00—7,30 Mark, fremde 6,50
bis 7,00 Mark.

Leinfaden unverändert, per 50 Kilogr. 9,80—10 Mark.

Kleefamen mehr Kaufsuf, rother preisbehaltend, per 50 Kilogr. 32—35
bis 38—42 Mark, hochfeiner aber Notiz, weißer sehr fest, 42—50—58—72
Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannentlee nominell, per 50 Kilogr. 49—45—52 Mark.

Thymothee behauptet, per 50 Kilogr. 19—22—23,50 Mark.

Wehl schwach gefragt, per 100 Kilogr. Weizen fest 30,75—31,75 Mark,
Roggen fest 32,75—33,50 Mark, Saubaden 31,50—32,50 Mark. Roggen-
Futtermehl 11,25—12,25 Mark. Weizenkleie 9,50—10 Mark.

Heu 2,50—3,00 Mark per 50 Kilogr.
Roggenstroh 20,00—24,00 Mark per Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-
Sternwarte zu Breslau.

Nov. 20, 21.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	+ 1° 8	— 0° 5	— 1° 5
Luftdruck bei 0° (mm.)	763° 2	769° 3	774° 0
Dampfdruck (mm.)	3,2	3,7	2,9
Dunsthaltigkeit (pCt.)	62	83	70
Wind	NW. 2.	N. 1.	ND. 1.
Wetter	wolfig.	trübe.	trübe.

Nov. 21, 22.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	+ 0° 8	— 1° 5	— 0° 2
Luftdruck bei 0° (mm.)	761,4	759,1	751,8
Dampfdruck (mm.)	2,5	2,9	4,2
Dunsthaltigkeit (pCt.)	51	70	92
Wind	SD. 2.	SD. 3.	SD. 2.
Wetter	z. heiter.	bezogen.	bedeckt.

Feiner Regen.

(25. Glebow) in Glebow.